



Kulturelle und politische Wertvorstellungen von Menschen mit geistiger Behinderung in Ost- und Westdeutschland

*Autor: Dr. Sebastian Barsch, Heilpädagogik im Netz e.V. / Projekt: Kulturelle
Assimilation und Wertvorstellungen von Menschen mit geistiger Behinderung in den
östlichen Bundesländern / Art des Projektes: Auswertung einer von der
Andrea von Braun Stiftung geförderten empirischen Erhebung mittels
standardisierter Interviews*



Mehrere Untersuchungen der jüngeren Vergangenheit haben Unterschiede zwischen der West- und Ostdeutschen Bevölkerung in Bereichen politischer und kultureller Wertvorstellungen festgestellt. Durch die hier vorgestellte Studie sollte in Erfahrung gebracht werden, ob dies auch für Menschen mit sogenannter „geistiger Behinderung“ gilt. Dafür wurden in einer Fragebogenaktion 282 erwachsene Menschen, denen dieses Attribut zugeschrieben wird, über das gesamte Bundesgebiet verteilt befragt. Die Teilnehmer äußerten u. a., ob sie ihr gegenwärtiges oder vergangenes Leben positiver bewerten, welche Ansichten sie gegenüber Ausländern vertreten und berichteten, ob sie schon einmal an einer Wahl teilgenommen haben. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die für die gesamtdeutsche Bevölkerung festgestellten Unterschiede zwischen Ost und West teilweise auch für Menschen mit geistiger Behinderung gelten. Dadurch lassen sich Rückschlüsse für den Aufbau spezieller an diese Personengruppe angepasste Programme zur politischen und kulturellen Bildung ziehen.



Während ein überwiegender Teil der Ostdeutschen im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten „auf eigenen Wunsch und auf komfortable Art aus ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen herausgerissen worden sind“ (Mühlberg 2002), bildeten Menschen mit geistiger Behinderung eine gesellschaftliche Randgruppe, die infolge fehlender politischer und gesellschaftlicher Teilhabe keine Möglichkeit hatte, diesen Prozess aktiv mitzugestalten. In den Jahren nach der Vereinigung zeigte sich – mit Auswirkungen, die bis heute spürbar sind – dass das Zusammenwachsen der beiden Bevölkerungsteile von Ost und West trotz der Euphorie und Hoffnungen in der Phase der Wiedervereinigung nicht problemlos verlief: Wertvorstellungen, Erinnerungen und Formen der Lebensführung wurden für viele Menschen zu historischen Bestandteilen der eigenen Biographie, die durch die Vereinigung einen einschneidenden Bruch erfuhr.

In mehreren empirischen Untersuchungen der letzten Jahren wurde die Tendenz festgestellt, dass sich Teile der ostdeutschen Bevölkerung an die DDR deutlich positiver erinnern, als dies in den ersten Jahren nach der Wende der Fall war. Das mag für Menschen mit oder ohne intellektuelle Beeinträchtigungen gleichermaßen gelten. Es wurde bislang jedoch niemals untersucht, wie sich sozialistische Erziehung und Identitätsbildung im kulturellen Wandel bei Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung auswirkte, wie sehr sie sich mit dem gegenwärtigen Deutschland identifizieren und welche neuen Wertvorstellungen übernommen wurden. Für diese Gruppe haben sich wie für viele andere auch mit der Wiedervereinigung ganz spezielle neue Bedingungen ergeben, etwa die Einführung der Schulpflicht und dem damit einher gehenden Aufbau eines Sonderschulwesens für Kinder und Jugendliche mit einer geistigen Behinderung oder der Wegfall geschützter Arbeitsbedingungen, der bei gleichzeitigem Aufbau eines Systems von Werkstätten für behinderte Menschen. Auch auf dem Gebiet der Freizeit haben sich teils massive Änderungen ergeben, nicht zuletzt durch den Einfluss von Verbänden wie die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.

Erhebungen, die Einstellungen und Wertvorstellungen von Menschen zum Ziel haben, müssen stets auf einer interdisziplinären Basis geplant werden. Kulturelle, soziale und historische Aspekte sind eng miteinander verflochten, wenn Menschen über persönliche Einstellungen nachdenken und diese äußern. Dies gilt natürlich



auch für Menschen mit einer geistigen Behinderung. In der hier vorgestellten Untersuchung und ihrer Auswertung vereinen sich Bereiche der Historischen Bildungsforschung, der Sozialwissenschaft und der Sonderpädagogik. Während die Historischen Bildungsforschung bislang ihren Untersuchungsschwerpunkt hauptsächlich auf diejenigen Institutionen richtete, die klassische „humboldtsche“ Bildung vermittelten, ermöglicht der sonderpädagogische Blickwinkel die Hinwendung zu Aspekten der praktischen Bildung und somit zu einem erweiterten Bildungsbegriff. Durch die Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Methoden ermöglicht sich die Rekonstruktion historischer Mentalitätsmuster und der Vorstellungswelt von Menschen, die in wissenschaftlichen Untersuchungen eine ähnliche Randstellung einnehmen wie im gesellschaftlichen Leben. Die Verknüpfung der Disziplinen Historische Bildungsforschung, Sozialwissenschaften und Sonderpädagogik ermöglicht somit, aus einem historischen Blickwinkel heraus gegenwärtige Mentalitätsmuster zu erkennen und daraus Resultate für die sonderpädagogische Praxis zu gewinnen.

Fragen finden

Bislang gibt es in Deutschland keine ausgeprägte Tradition, Menschen mit einer sog. geistigen Behinderung, ihre persönlichen Einstellungen, Werte und Ansichten im Sinne einer inklusiven Forschung aktiv in die Analyse ihrer eigenen Lebenswelten mit einzubeziehen. Versuche, dies zu tun sowie die Erforschung der dazu nötigen Methoden gab es seit den 1970er Jahren hauptsächlich im anglo-amerikanischen Raum (vgl. Walmsley/Johnson, 2003; Hartley/MacLean, 2006).

Die hier vorgestellte Untersuchung sollte Ergebnisse auf mehreren Ebenen erbringen: Vergangenheitsbewertung, ausgewählte Aspekte der Wertvorstellungen und Intensität der politischen Teilhabe. So sollte der Frage nachgegangen werden, ob Menschen mit einer geistigen Behinderung, die in der DDR aufwuchsen, Gefühle einer „Ostalgie“ entwickelt haben, wie es für Teile der nicht behinderten Bevölkerung bemerkbar ist, gekennzeichnet durch eine „Renaissance von Symbolen der DDR-Vergangenheit [...] sowohl durch sentimentale Nostalgie [...] wie auch durch Versuche einer erinnernden Selbstvergewisserung und laienhafter Vergangenheitsaufarbeitung“ (Ahbe, 2006).

Darüber hinaus sollte der Frage nachgegangen werden, welche Tendenzen diese Personen-Gruppe bei der Bewertung von Menschen nichtdeutscher Herkunft aufzeigt. Durch diverse Erhebungen konnte für den Osten Deutschlands das Phänomen einer erhöhten Ausländerfeindlichkeit und größeren Sympathie für politisch rechtsgerichtete Ideen festgestellt werden (vgl. etwa Heitmeyer, 2007). Dies war Anlass, zu überprüfen, ob ähnliche Einstellungen auch bei Menschen mit geistiger Behinderung beobachtbar sind.



Auf einer weiteren Ebene sollten politische Einstellungen und Formen der politischen Teilhabe dieser Gruppe am Beispiel der Nutzung des aktiven Wahlrechts erfasst werden.

Die Erhebung wurde sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands durchgeführt. Zunächst sollte die Westgruppe nur als Vergleichsgruppe herangezogen werden. Da die Teilnehmerzahl der beiden Gruppen jedoch nicht weit auseinander lag, können die Ergebnisse als ein Meinungsbild von Menschen mit geistiger Behinderung in Gesamtdeutschland betrachtet werden.

Befragt wurden Personen ab einem Alter von 30 Jahren, die über die Bundesrepublik verteilt in Werkstätten für behinderte Menschen tätig sind oder in Wohneinrichtungen verschiedener Träger leben. Sie alle gelten als „geistig Behindert“. Insgesamt wurden 282 Personen befragt (165 im Osten und 117 im Westen).

Die genaue Auswahl der Teilnehmer erfolgte durch Mitarbeiter der jeweiligen Einrichtungen. Das wesentliche Kriterium für die Auswahl war die Qualität der kommunikativen Fähigkeiten. Die Interviewten sollten in der Lage sein, eindeutig formulierte Fragen zu persönlichen Ansichten und Erinnerungen zu beantworten und sich über einen Zeitraum von max. 15 Minuten auf den Fragebogen zu konzentrieren. Die Gesamtstichprobe besteht aus 161 männlichen und 121 weiblichen Teilnehmern mit einem Durchschnittsalter von 41,33 Jahren. Die Interviews wurden von mir, von Studierenden der Sonderpädagogik oder Mitarbeitern der jeweiligen Einrichtung durchgeführt.

Bevor die Befragungen begonnen wurden, wurden die Teilnehmer entweder verbal durch die Befrager oder mit Hilfe eines in einfacher Sprache verfassten Textes über den Anlass der Untersuchung sowie deren Ablauf informiert. Darüber hinaus wurde ihnen mitgeteilt, dass die Teilnahme an der Untersuchung freiwillig sei, nicht jede Frage beantwortet werden müsse, alle Angaben zur Person anonymisiert würden und ein Ausstieg aus der Befragung jederzeit ohne Angaben von Gründen und ohne Konsequenzen erfolgen könne.

Ein wichtiger Aspekt bei der Grundkonstruktion des Fragebogens war die Auswahl des Fragenformats. Die besonderen Charakteristika der Untersuchungsgruppe machten einen speziellen Aufbau des Fragebogens nötig. Er durfte weder zu komplex noch bei der Bearbeitung zu zeitintensiv sein, sollte aber gleichzeitig eine gewisse Tiefe der Fragen ermöglichen.

Die endgültige Version bestand aus einer Mischung von Ja/Nein-Skalen, offeneren Antwortmöglichkeiten und Multiple-Choice-Fragen, wobei der Großteil der Fragen durch



Ja/Nein-Skala – meist erweitert um die Angabe „weiß nicht“ – abgedeckt wurde. Teilweise ergänzten Piktogrammen (Daumen hoch/Daumen runter, Smilies mit verschiedenen Gesichtsausdrücken) die Fragen.

Ergebnisse

Die Auswertung zeigte, dass sich die beiden Gruppen bei bestimmten Punkten auf ähnliche Art voneinander unterschieden, wie dies durch andere Untersuchungen auch für die nicht behinderte Bevölkerung festgestellt wurde.

Eine wesentliche Frage war die nach der Beurteilung vergangener und gegenwärtiger Lebensbedingungen. Als Bezugspunkt der Vergangenheit wurde entweder die DDR oder das Erreichen der eigenen Volljährigkeit herangezogen. Die Auswertung erbrachte signifikante Unterschiede:

Wann fanden Sie Ihr Leben besser?

	Ost	West
früher	41 %	31 %
heute	19 %	29 %
beides gleich	29 %	28 %
weiß nicht/keine Antwort	11 %	12 %

Es zeigte sich, dass die Befragten aus dem Osten tatsächlich ihre Vergangenheit signifikant positiver beurteilten als diejenigen aus dem Westen. Jedoch ist zu bedenken, dass Ostdeutsche mit dem erlebten Umbruch einen deutlicheren Anhaltspunkt für die Erinnerung an die persönliche Vergangenheit haben als Westdeutsche, für deren persönliches Leben sich in den Jahren 1989/90 nicht grundlegend etwas änderte.

Den Befragten im Osten wurde ergänzend die Frage „Fänden Sie es gut, wenn es die DDR noch geben würde?“ gestellt. 41% antworteten darauf hin mit „Ja“, 29 % mit „Nein“ und 26 % mit „weiß nicht“ bzw. „weiß nicht, was mit DDR gemeint ist“. Die restlichen 4 % beantworteten diese Frage nicht. Einige Interviewer vertieften diese Frage und fragten nach einer Begründung der Wahl. Meist konnte diese nicht gegeben werden. In wenigen Fällen konnten so aber auch aufschlussreiche Argumentationen herausgefunden werden, z.B. „(Ich möchte die DDR nicht zurück haben) weil Honecker der schlimmste Diktator war“ oder „(Ich möchte die DDR zurück haben) weil es da so schöne Umzüge gab“.



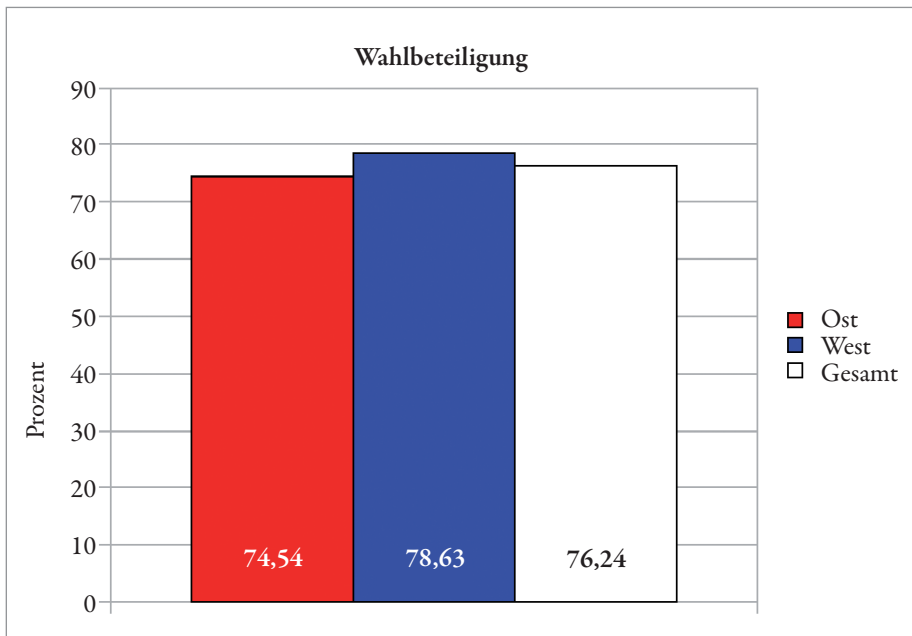
Die Befragten sollten ferner ihre Sympathie entweder für die USA oder für Russland ausdrücken. So sollte herausgefunden werden, ob in der Vergangenheit entwickelte Feindmodelle gegenwärtigen Einfluss haben. Die Ergebnisse zeigten keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost und West.

Welches Land finden Sie besser?

	Ost	West
USA	13 %	16 %
Russland	32 %	28 %
egal	46 %	55 %
keine Antwort	9 %	1 %

Wie zuvor erwähnt ist bei der ostdeutschen Bevölkerung ohne Berücksichtigung von Behinderungen im Vergleich zur westdeutschen eine leicht erhöhte Ausländerfeindlichkeit beobachtet worden. Die Auswertung im Rahmen dieser Untersuchung ergab, dass dies nicht generell für Menschen mit geistiger Behinderung gilt, die in der DDR aufgewachsen sind. Es zeigte sich lediglich, dass die ostdeutschen Befragten Ausländer weniger positiv beurteilten als die westdeutschen Befragten, wenn man gleichzeitig von ihnen geäußerte Bekanntschaftsverhältnisse außer Acht lässt. In Kombination mit einer Bekanntschaft mit Ausländern gibt es keine signifikanten Unterschiede. Ähnliche Tendenzen sind auch für die Gesamtbevölkerung festgestellt worden (vgl. Blohm/Wasmer 2008).

Die Frage „Haben Sie schon einmal an einer Wahl teilgenommen“ wurde nicht weiter differenziert nach den verschiedenen Arten von Wahlen. Es hatte sich im Vorfeld der Untersuchung gezeigt, dass nur sehr wenige der Befragten eine Unterscheidung zwischen Kommunal-, Landes-, Bundestags-, oder Europawahlen vollziehen konnten. Bei der Bundestagswahl 2005 lag die Wahlbeteiligung für Gesamtdeutschland bei 77,7 %, bei 78,5 % im Westen und 74,5 % im Osten (vgl. Statistisches Bundesamt, 2006). Die Auswertung der Stichprobe kam zu sehr ähnlichen Ergebnissen:



Die weitere Frage nach den bevorzugten Parteien hat jedoch ergeben, dass ca. die Hälfte aller Befragten keine Meinung dazu hatte bzw. diese Frage nicht beantworten konnte. Dies lässt darauf schließen, dass ein gravierendes Defizit im Bereich der politischen Bildung dieser Personengruppe besteht, der evtl. auch auf einen Mangel an geeigneten Bildungsmedien zurückzuführen ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ergebnisse die Notwendigkeit der Entwicklung spezifischer an die Bedürfnisse von Menschen mit geistiger Behinderung angepasste Materialien zur politischen, historischen und kulturellen Bildung verdeutlichen. Bislang fehlen solche gänzlich.

Interdisziplinarität

Die Untersuchung hat gezeigt, dass es möglich ist, Menschen mit einer geistigen Behinderung im Sinne einer inklusiven Forschung in diese mit einzubeziehen. Dies gelingt jedoch nur, wenn sich die Sonderpädagogik, die dieser Personengruppe am nächsten ist, sich nicht allein auf ihre traditionell geisteswissenschaftlich-reflektierende Position zurück zieht, sondern sich den Erkenntnissen und Methoden anderer Forschungsdisziplinen, insbeson-



dere auch empirischer, öffnet. Während im anglo-amerikanischen Raum seit mehreren Jahrzehnten eine Verknüpfung der Special Education mit anderen Forschungsdisziplinen zu beobachten ist, positioniert sich die Sonderpädagogik in Deutschland nach wie vor weitgehend isoliert. Die hier vorgestellte Untersuchung als ein Beispiel für Biographie- und Meinungsforschung bei Menschen mit Behinderungen zeigt die Notwendigkeit einer interdisziplinären Herangehensweise: auf Basis eines historisch-hermeneutischen Problemaufrisses konnte mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Methoden eine Annäherung an die Einstellungen und Wertvorstellungen von Menschen mit geistiger Behinderung vollzogen werden. Die daraus gewonnen Erkenntnisse bilden einen Ausgangspunkt für sonderpädagogisch-praktische Arbeit, etwa der Entwicklung spezifischer Materialien zur politischen und historischen Bildung für diese Personengruppe. Sonderpädagogik ist eine angewandte Wissenschaft. Sie kann nicht isoliert von anderen Disziplinen und vom weiten Feld der Praxis existieren.

Literatur

Abbe, T. (2008). Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit in den 1990er Jahren. Sonderauflage für die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin. URL: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/lzt/ostalgie_internet.pdf#search=%22ddr%20vergangenheit%22 – (21.11.2008)

Blohm, M./Wasmer, M. (2008). Einstellungen und Kontakte zu Ausländern. In: Statistisches Bundesamt. Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2007). Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Hartley, S.L./ MacLean, W.E. (2006). A review of the reliability and validity of Likert-type scales for people with intellectual disability. *Journal of Intellectual Disability Research* 50 (11), 813-827

Mühlberg, Dietrich: „Schwierigkeiten kultureller Assimilation“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B17/2002, 3-12

Walmsley, J./ Johnson, K. (2003). *Inclusive Research with People with Learning Disabilities. Past, Present and Futures.* London: Jessica Kingsley



Curriculum Vitae

- 1975 Geboren am 24. Februar 1975 in Menden/Sauerland
- Schule und Studium**
- 1985–1988 Walramgymnasium Menden
- 1988–1992 Realschule Menden
- 1992–1995 Walburgisgymnasium Menden
- 1996–2001 Studium der Sonderpädagogik an der Universität zu Köln mit den Fachrichtungen Geistigbehindertenpädagogik, Erziehungsschwierigenpädagogik und dem Unterrichtsfach Geschichte
- Staatsarbeiten:
Ethische Untersuchung der Gentherapie im Kontext Geistige Behinderung. 1. Staatsexamen, Köln 2000.
Persönlichkeitsentwicklung durch szenisches Spiel an einer Schule für Geistigbehinderte. 2. Staatsexamen, Düsseldorf 2003
- 1998–2001 Studium der Philosophie, Literaturwissenschaft und Geschichte an der FernUniversität Hagen
- 2003-2007 Promotion in Geschichte und ihre Didaktik an der Universität zu Köln. Nebenfächer: Philosophie und Geistigbehindertenpädagogik
Dissertation: *Geistig behinderte Menschen in der SBZ/DDR. Erziehung – Bildung – Betreuung, 1945–1989/90*
- Tätigkeiten vor und neben dem Studium**
- 1995–1996 Zivildienst an der Carl-Sonnenschein-Schule Iserlohn
- 1996–1997 Pflegehilfe in einem Seniorenwohnheim
- 1997–1998 Studentische Hilfskraft beim WDR
- 1998–2001 Mitarbeit in einer PR-Agentur
- Hauptberufliche Tätigkeiten**
- 2/2002–1/2004 Lehramtsanwärter an der Städtischen Schule für Geistigbehinderte in Mönchengladbach-Rheydt
- Seit 2/2004 Sonderschullehrer an der Mosaikschule Grevenbroich, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung
- Ausbildungslehrer von 2/2005–1/2007
- Koordinator eines internationale Comenius-Projektes mit Partnerschulen in Spanien, Polen, Belgien und Wales



Sebastian Barsch